**Zeitschrift:** Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur

Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte

**Band:** 23 (1943-1944)

Heft: 5

**Artikel:** Die stolze Aufgabe

Autor: Sprecher, Jann v.

**DOI:** https://doi.org/10.5169/seals-159064

### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

#### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 05.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

# Die stolze Aufgabe.

Bon Jann v. Sprecher.

ch on die Stunde des 10. Juli 1943 hatte wie der Lichtschlag eines grellen Aufleuchtens den wirklichen Stand der Entwicklung hervortreten lassen, bei dem die Lage des Krieges auf dem Boden Europas tatsächlich angelangt ist. Und der bisherige Ablauf der größten Landungsoperation der Geschichte, der zu Zeiten fast stürmisch zu nennende Vorgang
der Jnvasion dürfte — nachdem er bereits in der zweiten Dekade des
Ablauses politische Auswirkungen der schwerwiegensten
Bedeutung hervorbrachte — auch den hartnäckigsten Zweisler für einmal erkennen lassen, was die Stunde tatsächlich geschlagen hat.

Es wäre beshalb nicht nur zu wünschen — nein: es ist vielmehr als bringendes Erfordernis der Stunde überhaupt zu bezeichenen, daß wir alle uns mit dem ganzen Volke an die nunmehr scharf veränderte Perspektive gewöhnen, indem wir zwar der Nöte und Schwierigkeiten, der großen Probleme und der furchtbaren Schrecknisse des Arieges stets gedenken, dabei aber nicht übersehen, daß unsere Pflicht dem Lande gegenüber heute in hervorragendem Maße darin besteht, die Augen sest und entschlossen auf die Nachkriegszeit mit ihren — für uns jedenfalls — größeren Problemen — auf die Nachkriegszeit, die über Nacht uns beschert werden kann. Denn niemand möchte sich vermessen zu sagen, daß ein plöpliches Ende dieses Arieges ausgeschlossen erscheint. Wie dem aber auch sei: daß dieser Arieg, auch diesmal wieder nach vier Jahren, seinem Ende entgegengeht, dürste ziemlich klar zu Tage liegen.

Nicht das soll damit gesagt sein, daß wir deswegen die Probleme, die uns der Arieg selber stellt, etwa leichter nehmen sollen, als wir es vordem getan haben. Mit den Schwierigkeiten der Versorgung melden sie sich ja selbst Tag für Tag in unser Bewußtsein. Wachen aber sollen wir auch nicht weniger als vorher über unsere äußere, große staatspolitische Ausgabe, und unser Eiser und unsere Entschlossenheit dürsen gerade deswegen hier umso weniger erlahmen, als der Arieg rasch seiner dramatisch sten Entscheid ung entgegenstrebt. Die äußere staatspolitische Ausgabe aber heißt nach wie vor die Wahr ung unserer Neutralität, und diesem überragenden Ziel sind auch alle anderen Ausgaben der Ariegszeit verpslichtet. Dies brachte kürzlich an der Jahrese versammlung des Basler Handelse und Industrievereins vom 6. Juli 1943 dessen Präsident, Dr. h.c. Carl Roechlin, mit den klaren Worten zum Ausdruck:

"Die Richtlinien, die heute für die Probleme der Wirtschafts, Finanz- und Sozialpolitik unserer Stadt und des Landes wegleitend sein müssen, müssen sich heute mehr denn je dem unbeirrbaren und beeinflußbaren Willen des Durch haltens und der Aufrechterhaltung unserer Neutralität unterordnen. Dies ist Selbstverständlichkeit und Notwendigkeit. Sollten wir auf wirtschaftlichem oder politischem Gebiet auch nur einen Schritt von diesem uns vorgezeichneten Wege abgehen, dann würden wir das uns überlieserte und anvertraute unermeßliche Gut der Freiheit, dessen ganze Größe und Beseutung uns vielleicht noch nie so klar zum Bewußtsein gekommen ist wie ges rade während dieses Weltkrieges, mutwillig gesährden. Dies dar f nicht sein und es wird auch nicht sein."

Bersuchen wir nun heute mit jenen blinzelnden Augen, die sich erst von der langjährigen Konzentration auf das Kriegsgeschehen lösen müssen, das Feld der Nachkriegszeit zu ersassen, so tun sich vor uns Probleme über Probleme auf, in einer großen, fast nicht zu bezwingenden Bielgestalt. Zwar wissen wir noch nicht, welcher Art alle diese Probleme im einzelnen sein werden — was wir aber wissen oder wenigstens fühlen vor der Gewalt ihres Ausbaus, da sie im Felde der Zukunst stehen wie riesenhaste, kaum zu bezwingende Burgen, läßt sich sagen in der einsachen Feststellung, daß wir das Land vor der Macht dieser Ausgaben nur dann beständig sehen, nur dann aufrecht sehen, wenn wir die nationale Disziplin zu ihrem höchsten Grade steigern und unser Volk ein nicht zu übertreffendes Beispiel innerer Geschlossen, wo sie noch nicht besteht, sie zu siehen, wo sie noch nicht besteht, sie zu sichern, wo sie noch nicht besteht, sie zu sichern, wo sie noch unsere dankbarste — unsere stolze Aufgabe.

Aus der Perspektive, wie sie sich uns bietet von dem heutigen Stande der Entwicklung, mögen wir wohl die Nachkriegszeit zutreffend in zwei Stadien erkennen. Das erste Stadium wird sein die Zeit unmittelbar nach Abschluß des eigentlichen Kriegsgeschehens — eine kurze Zeit wohl, aber eine schlimme Zeit — eine Zeit, gewiß, die uns sehr gefährelich werden kann. Das zweite Stadium dann bietet sich dem Blick als jenes weite Feld der Entwicklungen, dessen Züge jene großen und schweren Probleme ausweisen, die uns schon heute tief beeindrucken. Sein Charakter aber wird — bei aller Schwere der Aufgaben, die es bringen mag — eher evolutionärer Natur sein, und akute Gesahren werden ihm kaum innewohnen. Umso mehr freilich gilt es, uns zusammenzuhalten für das erste Stadium, vor dessen drohenden Gesahren wir alle Kräfte heute schon sammeln möchten — wie bald kann es Wirklichkeit werden! —, denn die Revolution um um uns wird seine Prägung sein.

Bu der Zeit, da um Stalingrad die Schlacht brannte, genauer damals, ungefähr im Oktober 1942, da man wußte: das russische Bollwerk hält, und der bewegte Beobachter, nur in Umrissen zwar, aber in scharfen Umrissen, jene Entwicklung kommen sah, die wir heute mit der Jnvasion, mit dem Zussammenbruch der Achse, plastisch erleben — zu der Zeit also, da dieser Krieg in Wahrheit bereits entschieden wurde, kam ausländischer Besuch nach unse

rem Lande, wie denn übrigens zu Kriegszeiten die wenigen neutralen Länder recht gerne besucht werden, zumal wenn sie sich in so zentraler und intereffanter Position befinden, wie die Schweiz. Der Besuch fam wohl weit über den Dzean und er wollte etwas wiffen, ftellte vielleicht eine fehr präzife Frage: ob die Schweiz wohl in der Lage wäre, während sechs Monaten, rings umgeben von Aufstand, Bürgerfriegen und Revolution, wie von einem geschlossenen Rreis rotglühender Fateln des Umfturzes und der Erhebung — und damit abgeschnitten von allen Berbindungen —, auszuhalten und gerade zu stehen. Die Antwort, die der Neugierige bekommen hat auf diese vielleicht hypothetische Frage, kennen wir nicht - auch gibt es im übrigen sehr ernft zu nehmende Leute, und sehr gute Renner - um nur ein Beispiel zu nennen — Deutschlands, welche die kommende Entwicklung 3. B. diejes Landes trot allem eher in durchaus evolutionärem Sinne sehen, im Sinne eines entgegen vielen Bermutungen ruhigen überganges zu einer Volksgemeinschaft ohne totalitäre Spite, nach einer Periode bes militärisch geleiteten Interregnums, wie benn auch aus Berichten, die uns erst jungft wieder zukamen, hervorgeht, daß in weiten deutschen Kreisen, wohl als Reaktion auf eine übersteigerte totalitäre Entwicklung, der Bebanke bes Liberalismus seine Grundlage ausgedehnt hat und wieder recht lebendig zu werden beginnt und zufunftsträchtig. Uns erscheint freilich solche Prognose reichlich optimistisch. Wie nun aber auch die Untwort auf jene neugierigen Fragen ausgefallen sein mag im einzelnen wir zweifeln nicht daran, daß es eine ftolze, eine felbst bewußte Untwort gewesen ift.

Wer nun beispielsweise Gelegenheit hatte, den letten Beratungen ber Bundesversammlung mährend ber vergangenen Junisession beizuwohnen, mochte mit recht guter Zuversicht solcher Dinge gedenken. Denn diese Beratungen waren im Grunde nichts anderes als eine fehr erfreuliche Bestätigung biefer Antwort. In raschem, sauberem Fluß, der durch die Präsidenten wohl geleitet war, zogen die Geschäfte der Seffion vorüber. In Difziplin und eifriger Haltung, vor allem aber eben in einer Haltung ernfter, ruhiger, felbst bewußter Entichlosfenheit zog das Parlament die ihm vorgelegten Gesetze in Beratung und Verabschiedung, durchging es den Geschäftsbericht, der stets interessante Debatten hervorzurufen pflegt, diesmal auch zu einigen neugierigen Unfragen Gelegenheit gab. Freilich läßt sich das mit solchen Anfragen bedachte Departement unschwer lokalisieren; mußte es doch in diesem Falle fast zwangsläufig bas Politische fein, über bessen Zuständigkeitsbereich zwar im Geschäftsbericht nur wenig, und auch dies in allgemeinen Wenbungen, enthalten war, indes gerade hier das Interesse besonders rege sein wollte. In stets gewandter und gefälliger Rede stellte sich ber Chef bes Departementes seinen Anfragern, und es war wohl der Zweck seiner Darlegungen, dem Rate ein aktives Bild unferer Reutralitätspolitik zu vermitteln - gegen die Unterstellung einer

Politik der "Neutralité passive, wie sie aus verschiedenen Anfragen unschwer erkennbar hervorging, wehrte er sich mit Behemenz. Wie stets, fand er übrigens in dieser Haltung plastische Unterstützung der welschen Presse, während gewisse Angrisse oder gar personelle Anderungs-wünsche, wie sie diesseits der Saane kurz vorher noch festzustellen waren, plötlich — fast auf Kommando? — verstummten. Es ist nun ruhiger geworden um diesen Bereich.

Und nun erscheint es denn doch durchaus erfreulich, wie sehr sich unsere Demokratie im Bereiche des eidgenöffischen Parlamentarismus während des Krieges nicht nur gehalten, nein: verbessert hat - nur offenkundige Miggunst gegenüber den demokratischen Freiheiten überhaupt oder oberflächliches Geschwätz möchte dies bestreiten —; doppelt erfreulich auch, wie der Krieg unter dem Druck seiner Nöte und Belaftungen die Leute der verschiedenen Parteien dazu gebracht hat, miteinander zu reden, und zwar in einem Ausmaß, wie sie es vordem faum jemals getan. Man fann sagen, daß auf diese Beise ohne Aufhebens noch überstürzung der Boden bereitet wird für jene Berft an= bigung, die wir nicht allein brauchen wegen der fechs Monate, sondern auch später nicht nur brauchen, vielmehr aus freiem Willen für recht lange Zeit zu behalten gebenken. Doppelt erfreulich auch, weil es ja eben nicht immer so gewesen war; man weiß, daß bas Regime des herrn Nietlispach damals vieles zum Besseren wendete. Doch war es immerhin nie so gewesen, wie eine ungeschickte, reichlich vorlaute und in ihrer Kritik letten Endes auch ziemlich anmaßende Propaganda behauptet hatte, ber jene bekannte Broschüre entstiegen war; und es wirkte wie ein bestätigender Zufall, daß gerade um die Zeit, da bas Parlament so treffliche Arbeit leistete, ber unglückliche Urheber jener Broschüre mit seinen verschiedenen Rlagen vorerst jehr deutlich abgewiesen wurde - so deutlich und flar, daß allein übrig blieben jene anderen Rlagen: seine wehen Rlagen nämlich über das - ach! - so glatte, au! so gefährliche Parkett der Politik — ein wenn nicht versöhnendes so doch zumindest erheiterndes Bild!

Ernst und Disziplin des Parlamentes zeigten sich auch bei der Erledigung jener Affäre des Herrn Sonderegger. Hoch wirbelte zwar der Staub während geraumer Zeit über diese Eskapaden auf den Haupt= und Rebenstraßen unserer Presse, aber in den Hallen des Parlamentes sprach man schon wenige Tage später kaum mehr darüber — wohl bewußt zum einen, daß die Stunde gerade jetzt noch keineswegs gekommen ist, zur Abrechnung über Dinge des Jahres 1940 zu schreiten — die Stunde kommt, und sie wird vieles bringen aus diessem Jahre, aber auch von früher und von später! —; zum andern aus der Feststellung, daß wir alle vor den ernsten Entwickslungen und Entscheidungen, die kommen und die fallen müssen, kaum die Zeit noch die Muße haben, uns länger bei sogenannten Origis

nalen ober fonst wie absonderlichen Figuren aufzuhalten, die der Strom unseres politischen Lebens an der Brandung seiner Ufer gelegentlich absetzen mag. Der Strom hat fie eben abgesetzt und ausgelaben, und im übrigen fließt er weiter. Das follte und dürfte wohl auch gelten für jenen anderen Fall, der ebenso in jenes politische Grenzgebiet verweist, wo sich Ernst und Satire zu überschneiden beginnen und ber Bereich bes Romischen anfängt, und der damals manche, wie wir glauben über Bebühr, beschäftigt hat: wir meinen den Fall des Berrn E. Paul Graber, ehemaligen Zentralsetretärs der Sozialdemofratischen Partei ber Schweiz, der es für zeitgemäß hielt, die alte abgespielte Platte bes plattesten Internationalismus längst vergangener Tage wieder einmal abzulaffen. Er hat es richtig gefunden, zu schreiben, ihm stehe die Sache der Freiheit in der Welt über der Sache der Unabhängigkeit des eigenen Landes, und wenn morgen der Anschluß der Schweiz an ein anderes Land den Triumph der Freiheit zu begünstigen vermöchte, so wäre er für diesen Unichluß, und man hat ihm bafür seine Zeitung für acht Tage verboten. Wir glauben faum, daß ein besonderer Unlag besteht, die Schrullen des alten Mannes nun gerade besonders wichtig zu nehmen und sind gewiß, daß er in seiner eigenen Partei, wie die Dinge heute liegen, faum mehr umfassende Begeisterung für diesen Laden hüter zu weden vermag — bei gewissen Leuten freilich nur deswegen, weil solche Wiederbelebungsversuche heute taktisch zumindest ungeschickt erscheinen. Allein es besteht für uns faum ein Zweifel, daß die überwiegende Mehrheit auch der fozialdemokratischen Arbeiter heute solchen seltsamen Parolen nicht mehr zu folgen gewillt ift. Schließlich gibt es eben in den verschiedenen Lagern immer mal Sonderlinge ober Leute, die vermeinen, sich auf besondere Art wichtig machen zu müssen, und in den wirren Priegszeiten brennen halt oftmals dem einen ober andern die Nerven durch. Wer aber die ernste Arbeit des Parlamentes in allen seinen Schichten verfolgt hat, wird wissen, daß sicher nirgends - jawohl: nirgends - Geneigtheit besteht, den unvermeidlichen Ballast einiger Sonderlinge besonders wichtig zu nehmen ober ihn gar Entscheidendes bedeuten zu laffen. Werden einmal die Dinge ber Jahre 1940 und früher und später aufgebedt, so wird man übrigens feststellen, daß es solche Leute in allen Lagern gegeben hat.

Im Grunde ist es das Zeichen des Burgfriedens, unter dem wir solches schreiben: und wenn wir in den eben behandelten Dingen eher optimistisch und der Meinung sind, das Bürgertum solle der Arbeiterschaft ruhig etwas vertrauen, so tun wir das aus der überzeugung, daß der Burgfriede auch über die Kriegszeit hinaus, wohl in eine weite Nachfriegszeit, bestimmt aber über die berühmten sechs Monate wird erhalten, ja verstärft werden können, wenn wir nur alle das unsere dazu beitragen. Daß dieses Streben zwar nicht überall, aber weitherum und auf allen Seiten vor-

handen ist, das eben hat sich bei den Beratungen des Parlamentes, in den Ratsfälen felbst und bei Gesprächen außerhalb, wohl erwiesen. Gine ber ersten Voraussetzungen freilich für ein Bestehen in der fehr gefährlichen Abergangszeit nach den direkten Kriegshandlungen und in den schweren Jahren des Neuaufbaus nach dem Kriege ist eine klare Abkehr bon jeder Politik der Illusionen. Gewiß kann die Sicherung der Volksgemeinschaft, die Erhaltung des inneren Friedens nicht erreicht werden und sie soll auch gar nicht erreicht werden ohne ein offenes herz und eine offene Sand, und die Regelung unserer sozialen Probleme muß mit Mut, Initiative und Großzügigkeit angepackt werden. Allein das große Ziel, die Sicherung ber sozialen Boltsgemeinschaft, läßt fich niemals erringen im leichten Fluge der Illusion, der über alle Realität, über jede gegebene Voraussetzung ebenso kühn wie unbekümmert einfach hinausschwebt. Gewiß foll eine andere Schweiz entstehen aus ber Notzeit dieses Krieges - die falschen Wege ber "Neuen Schweiz" aber führen uns niemals zum Ziele.

Nur ausgesprochen schlechter Wille ober eine weite Unkenntnis der wirklichen Berhältniffe, wie fie aus mangelnder Beobachtung zu fließen pflegt, wird bestreiten wollen, daß auf dem Wege zur Erreichung jenes großen Zieles der sozialen Bolksgemeinschaft feit bem 1. September 1939 bereits eine gang ansehnliche Strecke zurückgelegt worden ift. Oft Festgestelltes soll nicht wiederholt werden: wir verweisen nur auf das Stichwortgerüst, wie es sich zusammensett aus fattischer Bollbeschäftigung, faktischer Sicherung bes Urbeitsfriedens, ber Ausschaltung von Streik und Aussperrung, Lohnausgleich, relativer Preisstabilisierung und teilweifer Lohnanpaffung. Bas nun gerade das Problem der Preisftabilisierung betrifft, so ist es bekanntlich reichlich umstritten in seinen Ergebnissen — das Meistumstrittene jedenfalls nach der Lohnanpassung mit ihren Lücken —; allein die "Schweizerische Metallarbeiter-Zeitung" hat erst vor kurzem hervorgehoben, wie eminent auch in diesem Sektor der Unterschied zu den Verhältnissen mährend des letten Weltkrieges sich auszuprägen beginnt. Aus ihren Jeststellungen ergibt sich nämlich, daß heute die Teuerung nicht nur relativ, sondern absolut geringer ist als zur analogen Zeit des erften Beltfrieges, b. h. alfo, daß die indermäßig normierte Warengruppe im Juli 1943 in effektiven Franken meniger kostet, als sie im Juli 1918 gekostet hat. Wir erleben also bas Bild, daß die Raufkraft des Frankens vom Juli 1943 im Begriffe steht, die Rauftraft des Frankens vom Juli 1918 zu übertreffen, und dies obwohl die Lebenskosten zu Beginn des zweiten Weltkrieges, bezeichnet man sie für 1914 mit 100, auf 137 standen, die Inderkurve also im zweiten Weltkrieg von einem höher gelegenen Bunkt aus startete. Mit Recht bezeichnet denn auch das zitierte Gewerkschaftsblatt diese Tatsache als einen "großen Erfolg ber Rriegswirtschaft". Dag übrigens bas soziale Moment in der Kriegswirtschaft auch sonst weitsgehend zur Ausprägung kommt, hat sich beispielsweise erst wieder erwiesen durch die Schaffung der zwei verschiedenen Lebensmittelkarten.

Es wird also jedenfalls von der Feststellung auszugehen sein, daß wir diesmal aus einer ganz anderen Grundlage heraus in die Nachkriegszeit eingehen werden als vor 25 Jahren. Indem wir diese Tatsache mit Dankbarkeit zur Renntnis nehmen, ist es nun aber auch unsere Aufgabe, von dieser Grundlage aus den richtigen Weg zu finden, ber zur Lösung der schwierigen Probleme führen soll, die kommen werben. In seiner großen Rede vor dem Nationalrat vom 23. Juni 1943 hat Bunbegrat Stampfli ben Beg aufgezeigt, ber beschritten merben muß, aber er hat gleichzeitig nicht unterlassen, auch jene anderen Wege beutlich zu bezeichnen, die nicht beschritten werden können, wenn wir nicht die Grundlagen jeder Sozialpolitit schließlich felbst gefährden wollen. Das erste ift jedenfalls, daß wir es ablehnen muffen, vom Ausland aus feinen meift durchaus anders gelagerten Berhältniffen bargebotene Plane einfach und ohne weiteres zu übernehmen. Wir mussen also unseren eigenen Weg suchen, und mit Recht hat Bundesrat Stampfli geltend gemacht, daß biefer Weg mit Rudficht auf unsere überlieferungen, auf unsere innere Organisation, vor allem aber mit Rücksicht auf die Bedeutung unseres Exportes und der Freizügigkeit unserer Wirtschaft überhaupt als Grundlagen wirtschaftlichen Lebensfähigkeit niemals der Weg der Staatswirtschaft fein tann, also nicht ber Weg einer sozialistischen Planwirtschaft, nicht ber Weg ber "Neuen Schweis". Und ba muß nun sogleich eine Tatsache festgehalten werden, deren kapitale Bedeutung in die Augen springt - die Tatsache nämlich, daß heute auch die Bewerkschaften, und zwar in sehr bedeutenden Bereichen ihrer Gruppierung, weitgehender staatlicher Einflugnahme auf die Wirtschaft durch aus skeptisch gegenüberstehen: sie haben sich benn auch, in diesen zahlenund gewichtsmäßig fehr bedeutenden Bereichen jedenfalls, an der "Neuen Schweiz" so wenig beteiligt, wie sie das sozialdemokratische Programm für die staatliche Altersversicherung zu unterstützen geneigt sind, das sie ebenso ablehnen wie die sozialdemokratische Initiative für "Recht auf Arbeit" (fühlt sich ber "Liberalist" Gottlieb Duttweiler wohl nicht allmählich im Innern leicht beschämt?). Was im besondern bas Problem der Altersversicherung betrifft, so befürworten jene Rreise also feineswegs den postulierten staatlichen Zentralapparat, sondern sie seben Die Verwirklichung bes Gedankens weit eher in einer paritätischen Institution, die im Berein mit den Unternehmern birett geschaffen werben follte. Es bedarf feiner langen Worte, barzulegen, wie groß die Entwicklungen sind, die von ehebem zurückgelegt werden mußten bis dieser Punkt erreicht war; das Bürgertum jedenfalls hat, so will uns scheinen, allen Anlaß, solche Ansätze zu beachten und sie mit jenem großen Ernst zu würdigen, ben sie verdienen. Sie mögen zu verschiedener Besinnung Anlaß geben. Allein auch in weiten anderen Bereichen verstärft sich zunehmend die Erkenntnis, daß der Weg der Staatswirtschaft nicht der schweizerische Weg sein kann. Ein Gutes hat jedenfalls die gegenwärtig notgedrungene übersteigerung bes Staatsapparates mit seinen ständigen Ginmischungen: bem Bolke sind, in weiten Kreisen, die Augen ziemlich weit aufgegangen, und es erkennt die schweren Mängel und ständigen Belastungen eines solchen Bc= triebes. Dies zeigt sich unter anderem gerade in diesen Wochen in Bezug auf die Frage der Bewilligungspflicht, wo sich überall herum eine scharfe und lebendige Opposition bemerkbar macht. Man beginnt eben allmählich genug zu haben von den friegsbedingten Staatseingriffen, und man möchte es jedenfalls nicht mehr sehen, daß einzelne Gruppen ihre Postulate auf dem Bollmachten= wege zu verwirklichen suchen, um fie fo, wenigstens stillschweigend, heil in die Nachkriegszeit zu plazieren, weil man der Stimme des Bolkes nicht sicher, oder seiner Misstimmung eben zu sicher ift. Dieses Boltes namlich hat sich allmählich eine unverfennbare "Staatsmüdigteit" bemächtigt, und man würde allerseits gut daran tun, nicht zu übersehen, daß einmal der Tag tommt, wo alle diese Dinge vor dem freien Willen des Volkes bestehen müssen, wie er der Urne zu entsteigen pflegt. Da fönnten denn freilich manche Leute ihre Überrasch ungen erleben.

So läßt fich denn unbestreitbar feststellen, daß der Bedanke, unsere Wirtschaft auch für die Nachkriegszeit wesentlich in ihrer Selbständigkeit zu belaffen, nach aller Möglichkeit alfo von Staatseingriffen zu verschonen, bereits weite Kreise ergriffen und vornehmlich bis weit in die Gewerkschaften hinein den Anker geworfen hat. Auch dort sett sich der Gedanke immer stärker durch, daß die Bedingung aller Sozialpolitik in unserem Lande in der einen Tatsache festgelegt ist: wir mussen erst einmal exportieren, um leben zu fonnen. Damit aber zeichnet sich zweifellos ein neuer Beg ab in der großen und mannigsachen Gruppierung unserer Arbeiterschaft - ein Beg, ber zwangsläufig mitten in die Bereiche der reinen Politik führen muß. Denn es ist damit eine Bewegung in Gang gekommen, durch welche die Probleme des parteimäßigen Sozialismus tatjächlich von ihrem letten Grunde aus aufgerollt werden, der Sozialismus felbst also aus dem eigenen, einst wohl bedeutendsten Bereiche seines Ginflusses zum Gegenstande der Diskussion gemacht werden will. Der Rampf, ber damit eingeleitet wurde, wird im Bereiche ber Partei selbst zum Austrag kommen. Schon sehen wir die Dinge in voller Bewegung. Zwei Strömungen sind es, die innerhalb der Bartei im Rampfe stehen — eine dritte scheint zwischen ihnen zu liegen. In interessanter Beise hat zu diesem Thema die kürzlich erschienene jüngste Schrift im Rahmen der "Beitfragen ber schweizerischen Wirtschaftspolitit", aus ber Feder von Dr. E. Seiler\*) Aufschluß gegeben. Die Linksgruppe, im Besentlichen unter Führung bes Parteipräsidenten felbft, Nationalrat Dr. Sans Oprecht, erstrebt eine Reintegration des Rlaffenkampfes in dogmatischer Linientreue, tendiert nach der Aufhebung des Burgfriedens, will also - furz gejagt - bas Rernproblem der schweizerischen Innenpolitif auf den Stand von 1935 zurückwersen. Dieje Richtung wird zurzeit gestärft durch die Unnäherung der radifalen Links= gruppen der Kommunisten und Nicolisten an die Partei, wie sie beispiels= weise in dem Aufnahmegesuch des Kommunistenführers humbert-Droz zum Ausdruck kommt. Von dieser Gruppe wird im Wesentlichen auch bas Programm der "Neuen Schweiz" getragen. Mit ihr gelang es Herrn Oprecht am 30. Mai in Lugano, sich den "Berband des Personals öffentlicher Dienste" im Wesentlichen anzuschließen, wobei freilich zu erwägen ist, daß man es von jeher gewohnt war, den B. P. D. D. im Rreise der gewertschaftlichen Gruppierungen als den linken Flügel in Erscheinung treten zu sehen. Erwägt man die letten Ziele dieser Bewegung, jo erkennt man unschwer die alte Parole, die dogmatische Linie Marr'-Engels'icher Prägung; folche Feststellung bedarf gar feiner weiteren Umschreibung — hier genügt es, wiederzugeben, was fürzlich so plastisch und eindeutig im "Bolfsrecht" zu lesen war:

"Von den primitiven Ugrarstaaten über die Reiche der Seefahrernationen und die höheren Feudalstaaten bis hin zu den kapitalistischen und saschischen Staaten der Gegenwart ist der Staat seinem Wesen nach im mer Klassens herrschaft gewesen, auch in den Formen der Demokratie, der scheinbaren Volksherrschaft."

Ist es notwendig, angesichts solcher Bestrebungen die Frage auch nur aufzuwersen, was geschähe mit dem Lande und seiner Zuskunft, wenn es ihren Trägern gelänge, sie zum Ziele zu führen? Wir glauben kaum.

Allein die Berfechter des Klassenkampfes mögen im Grunde wohl wissen, daß ihnen diesmal der Boden von 1918 nicht bereitet ist. Vergeblich mögen sie suchen nach dem Grunde, der ihre verhängnisvolle Saat Wurzeln schlagen ließe. Oft noch zögernd, doch in Beharrlichkeit und Zuversicht beginnt die neue Saat unserer ans deren Zeit ihnen den Boden streitig zu machen. So regt sich denn innerhalb der Arbeiterschaft deutlicher und deutlicher der Wille, die in der Not geborene Gemeinschaft des Volkes nicht wieder preiszugeben, um der Zustunft des Landes willen, aber auch im eigenen Interesse der Arbeiterschaft. Dies zu belegen, genüge auch hier ein Zitat. Zu den Bestrebungen der Linken: "Fort mit der Burgfriedenspolitik! Zus

<sup>\*) &</sup>quot;Die sozialistische Bewegung der Schweiz im Frühling 1943. Beitrag zu einer Standorts= und Gewichtsbestimmung", herausgegeben von der Aktionsge= meinschaft Nationaler Wiederausbau, Zürich.

ruck zu den Kampfmethoden früherer Zeiten!" schrieb unlängst die "Metallarbeiter-Zeitung" dieses:

"Demgegenüber wagen wir vorauszusagen, daß all' die sozialen und wirtschaftlichen Positionen, die die schweizerische Arbeiterschaft in jahrzehntelanger gewerkschaftlicher und politischer Kleinarbeit errungen hat, ge sähr det wären, wenn die Arbeiterorganisationen sich von neuem in eine grund sätzliche Gegnerschaft gegenüber dem Staatswesen und der Bolksgemeinschaften gewährleistet und schützt, hineinmanövrieren sießen."

Was aber ist nun die Aufgabe des Bürgertums vor dieser Lage? Es wird nicht zusehen wollen mit verschränkten Armen. Es darf nicht zusehen, wo zum letzten das Schicksal des Landes auf dem Spiele steht. Es soll sich aber auch nicht einmischen wollen in die Richtungs-kämpse innerhalb der Arbeiterschaft, um sich irgendwelche taktischen Boreteile zu ergattern.

In erster Linie freilich sollte es Sorge tragen, daß vorerst Klarsheit herrsche in seinen eigenen Reihen und nicht Verschwommenheit. Deshalb aber liegen taktische Initiativen, die letztlich nur eigene innere Unsicherheit verraten, wie das "Recht auf Arbeit" aus der Werkstatt des Landesrings, niemals an dem Wege, der in die Zukunft führt. Und nicht mit hochtönenden Programmen kann uns geholsen werden und mit ihrem Kult — nur nüchterne, praktische gemeinsame Kleinarbeit führt zum Ziele. Nicht viele programmatische Initiativen können uns helsen — nur eine große Initiative wollen wir in das Bolk tragen.

Welches aber ist die große Initiative, die stolze Aufgabe?

Im Angesicht der kommenden Erhebungen und des Umsturzes, vor dem geschlossenen Kreis der glühendroten Fakeln, der uns vielleicht schon umsschließen wird in viel kürzerer Frist als viele heute noch glauben mögen, vor den sechs Monaten und dem Unbestimmten, das nachher kommt, wäre die Radikalisierung unserer Arbeiterschaft eine tötliche Gefahr für das ganze Land. Sie erkennen, heißt, sie mutig und entschlossen zu bannen, sie bekämpfen heißt aber auch, jenes brüderliche Verständen is zu beweisen, das über die Klassen hinaus die Hände reicht und so die Klassen selbst zu überwinden vermag.

Und wäre uns dies alles nicht selbstverständliche Pflicht aus den einfachen, aber unausweichlich zwingenden Gründen, daß wir die Existenz dieses Landes erhalten müssen, so möchte sich unschwer ein weiterer Gesichtspunkt ergeben, der aus der furchtbaren Tragik dieser Jahre fließt. Die Völker, die unsere Freunde sind, sehen wir im täglichen Opfer ihres Blutes. Wenn ihre Leiden zu nichts sonst zwängen, — sie zwängen wenigstens zu einer überlegung. It dieser Krieg eines Tages zu Ende, so sehen wir Völker um uns, die nicht allein geläutert, sondern wohl völlig anders geworden sind.

Wir selbst werden dann nicht auf besondere Leistungen verweisen können, jedenfalls nicht auf solche, die sich messen können mit den unsäg-lichen Opfern, mit den un säg lich en Schmerzen der Andern. Etwas aber können wir:

In der Stille eine andere Schweiz schaffen. Als blitzsaubere Demokratie soll sie einst dastehen, soll sie stolz sich zeigen können vor den Augen der Andern, wenn einmal die Tore geschlossen sind vor der Hölle des Krieges. Ein Land der Freiheit und der sozialen Geerechtigkeit.

Gewiß: es ist eine schwere Aufgabe; wohl werden viele Widerstände, Rückschläge ihren Weg zeichnen, den Weg, den es mit ruhiger, geslassener Entschlossenheit zu gehen gilt, bis das Ziel erreicht ist.

Stolz aber ift diese Aufgabe. Sie heißt:

Die überwindung des Rlaffenkampfes.

# Der Arbeitsfriede in der Industrie.

Seine Idee, seine Voraussetzung und seine Bedeutung. Bon Nationalrat Konrad Isa.

I.

Wollen wir die Bemühungen um die Herstellung des Arbeitsfriedens in Industrie und Gewerbe verstehen und würdigen, so müssen wir vorerst einen Blick in die Vergangenheit tun, um die Wandlungen und Entwick- lungen kennen zu lernen, welche die Beziehungen zwischen den Arbeitern und Arbeitgebern seit den Anfängen der Gewerkschaftsbewegung erfahren haben. Die Bestrebungen der Gewerkschaften, die Arbeitsverhältnisse ihrer Mitglieder durch vertragliche Abmachungen mit den Arbeitgebern zu regeln, dienen dem Ziele, auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitssbedingungen einen Einfluß zu erlangen und die grundsähliche Anerkennung der Arbeiterorganisationen als Verhandlungs- und Vertragspartner zu erreichen.

Aber diese Absicht stieß während Jahrzehnten auf Widerstand. In sehr vielen Fällen erwies es sich als unmöglich, die Probleme des Arbeitse verhältnisses in gemeinsamer Beratung der Arbeitgeber= und Arbeitenehmervertreter zu ordnen. Manche Betriebsinhaber betrachteten die Tätigkeit der Gewerkschaften als unzulässige Einmischung in interne Betriebsangelegenheiten; andere wiederum erblickten darin ein Ergebnis sozialistischer und umstürzlerischer Propaganda. Der Borwurf politisch-revolutionärer Zielsetzungen war eines der Hauptargumente, auf die sich die Ablehnung der Gewerkschaften damals in der Schweiz und